

Jugendschutz schießt scharf

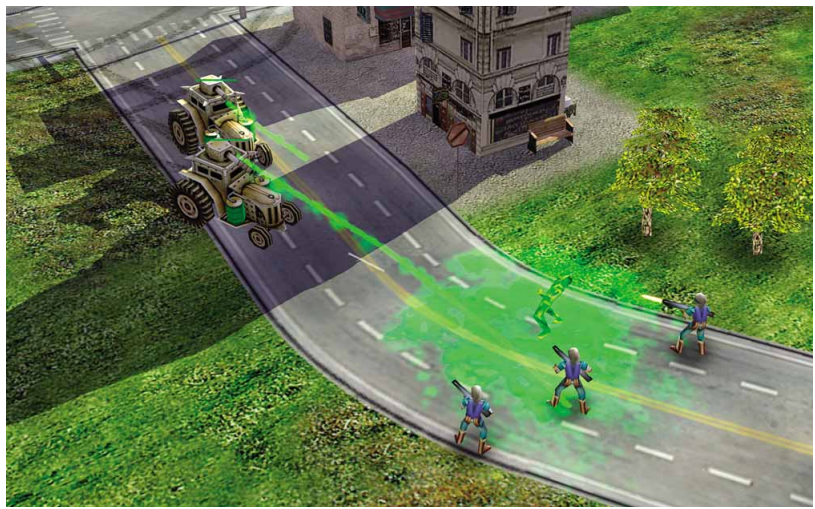
Böses C&C Generals

Den Irakkrieg konnte die deutsche Regierung nicht verhindern, doch an der Heimatfront errang sie einen beispiellosen Sieg: Auf Antrag des Familienministeriums verpasste die BPjS C&C Generals den finalen Rettungsschuss.

Um es mit den Worten von EA-Geschäftsführer Dr. Jens Uwe Intat zu sagen: »Wir sind äußerst verwundert und auch betroffen über diesen beispiellosen Vorgang.« Gemeint war die Indizierung von **C&C Generals** im Allgemeinen und die folgende Äußerung von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt im Besonderen: »Solche kriegsverherrlichenden Computerspiele wie C&C Generals, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen wehrlose Menschen zum Ziel erhoben haben, sind grundsätzlich verabscheuenswert.« Wir waren ebenfalls verwundert, als wir am 25. Februar 2003 von der Indizierung »im Wege der vorläufigen Anordnung« erfuhren – mithin im Eilverfahren, weil offensichtlich immanenter, großer Schaden für die Jugend zu befürchten war. Am nächsten Tag haben wir zunächst Electronic Arts und dann die BPjS besucht.

Electronic Arts überrascht

Electronic Arts wurde nach eigenen Angaben ohne Vorwarnung von der Indizierungsankündigung getroffen. Bei unserem Gespräch in Köln erzählte uns Marketingleiter Frank Hermann, dass es in keinem anderen Land ähnliche Probleme mit **C&C Generals** gebe. Etwa zur selben Zeit meldete sich die USK-Fachbereichsleiterin Christine Schulz zu Wort: Der BPjS sei wohl die typische Ironie der **C&C**-Serie entgangen. Die USK nämlich hatte **C&C Generals** die »ab 16 Jahre«-Einstufung verpasst, womit es auch nach dem neuen Jugendschutzgesetz offen verkauft werden dürfte – gäbe es



Traktoren schießen mit giftgrünem **Chemiestrahl** auf lebensferne Infanteristen – gerade wegen solchen Szenen wurde C&C Generals als »kriegsverherrlichend« indiziert. Electronic Arts aber gibt sich nicht geschlagen.

die Indizierung nicht. Frank Hermann bestätigte uns vor kurzem: »Wir werden die Sache definitiv nicht auf sich beruhen lassen, sondern alle uns zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausschöpfen, um die Entscheidung der BPjS zu revidieren!«

BPjS hält dagegen

In Bonn trafen wir die Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften und Medien, Frau Elke Monssen-Engberding. Sie sagte uns, vor allem »der Bezug zur Realität« sowie der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Zivilbevölkerung hätten zur Indizierung geführt. Diese Einschätzung erstaunt uns insoweit, als das Töten von Zivilisten im Spiel zwar möglich, aber nie nötig oder gar ein Missionsziel ist. Trotzdem bekräftigte die Regierungsleiterin, das Spiel verletze »den ethischen Minimalkonsens, der in Deutschland herrscht«. Zusammenfassend sei das Spiel kriegsverherrlichend und damit schwer jugendgefährdend. Die älteren Teile der **C&C**-Serie seien nicht indiziert worden, weil sie eben keinen Realitätsbezug gehabt hätten.

Auf unser Nachhaken, ob denn nun auch ein neues Verfahren gegen **Counterstrike** oder eine generell schärfere Prüfung drohe, erwiderte die BPjS-Vorsitzende:

»Nein, ohne wesentliche Änderungen am Spiel ist gar kein neuer Antrag möglich. Und wenn ein Spiel eingereicht würde, das in allen Punkten Counterstrike sehr ähnlich ist, würden wir auch dieses nicht indizieren.«

Bayerns Niederlage

Dr. Intat unterstellt der BPjS, bei **C&C Generals** unter dem Druck der Politik entschieden zu haben. Wir finden es zumindest erstaunlich, welche Einstellung gerade Familienministerien zum typischen Jugendthema Computerspiele haben. Bei einem Seminar in der Münchner Landesmedienzentrale wettete die bayerische Ministerin für Unterricht und Kultus, Monika Hohlmeier, kräftig gegen Computerspiele. Es sei »unstrittig, dass Spiele insbesondere labile Jugendliche negativ beeinflussen können«. Unbestritten ist das natürlich nicht, »unbewiesen« wäre der passendere Ausdruck. Hohlmeier erklärte weiter, Bayern habe einen Verschärfungsantrag zum neuen Jugendschutzgesetz eingebracht. Auf unsere Nachfrage hin bedauerte die CSU-Politikerin und Franz-Josef-Strauß-Tochter, dass angesichts der herrschenden Mehrheitsverhältnisse kein Erfolg zu erwarten sei. In der Tat: Die bayerische Eingabe ist mittlerweile abgelehnt worden. Verdiente Niederlage, finden wir. **LA**



Ginge es nach der bayrischen Kultusministerin **Monika Hohlmeier**, wäre das neue Jugendschutzgesetz noch viel schärfer.